

Politische Bildung und direkte Demokratie

Petra Huth

1. Partizipation ist alles

Über 50 Prozent aller weltweit in direkt-demokratischen Verfahren getroffenen politischen Sachentscheide finden in der Schweiz statt.¹ Die helvetische Demokratie gilt oft als Vorzeigemodell für die Identifikation des Bürgers mit dem Staat. Zudem ist die Zufriedenheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit ihren politischen Institutionen ist sehr hoch. Aber ist deshalb in der berühmtesten direkten Demokratie alles in Ordnung? Wohl kaum, denn was sich beispielsweise in der Gemeinde Moosseedorf abspielt, ist auch an vielen anderen Orten an der Tagesordnung: Die Gemeinde hat zunehmend Schwierigkeiten, politische Ämter wie Kommissionsmitglieder und Gemeinderäte zu besetzen. Traditionell haben hier, wie auf anderen Staatsebenen auch, die Parteien das politische Personal rekrutiert, doch das wird zunehmend schwieriger. Zwar gäbe es genügend Personen die für ein politisches Amt qualifiziert wären, aber wenige wollen sich noch einer Partei anschließen. Das trifft besonders auf die junge Generation zu. Gemäß GfS-Jugendbarometer wollen sich lediglich 13 Prozent politisch engagieren und die Stimmbeteiligung der 18 bis 25-Jährigen liegt bei 45 Prozent – Tendenz fallend. Großereignisse wie Fukushima mobilisieren zwar, aber noch ist offen wie nachhaltig (Golder/Longchamp/Imfeld 2010, 2011).

In der Studie von Oser und Biedermann (2003) zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern, an der gut 3 100 14- bis 15-jährige Jugendliche aus der ganzen Schweiz beteiligt waren, zeigte sich, dass das politische Wissen und die politische Interpretationsfähigkeit bei schweizerischen Jugendlichen unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Beim politischen Verständnis rangieren sie im unteren Mittelfeld. Auch die Bedeutung des traditionellen Staatsbürgertums und eine auf soziale Bewegungen ausgerichtete Beteiligung werden vergleichsweise unterdurchschnittlich tief eingeschätzt, ebenso die gesellschaftsbezogene und ökonomische Verantwortung der Regierung. Demgegenüber werden staatliche Institutionen als verlässlich eingestuft, die Einstellung zur Schweiz als solcher ist zwar positiv, liegt aber im Vergleich zu den anderen Ländern unter dem Durchschnitt. Mit anderen Worten: Der Grad der Politisierung der Schweizer Jugend ist vergleichsweise gering. Nur 38 Prozent können sich für eine gesetzliche Verpflichtung zur Stimmabgabe erwärmen. Sogar bei denjenigen, die davon direkt begünstigt wären – den 16 bis 17-Jährigen – findet eine Absenkung des Stimmrechtsalters, wie etwa in Österreich, keine Mehrheit.²

1 Ansprache der ehemaligen Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz vor der neuen Helvetischen Gesellschaft und Handelskammer beider Basel am 22. Februar 2006.

2 Bundeskanzler Alfred Gusenbauer sieht in der Wahlaltersenkung eine „Herausforderung an das Schulsystem, die Jugendlichen politisch heranzubilden.“ Das Interesse am Staatskundeunterricht dürfte steigen, wenn man weiss, dass die ersten Stimmzettel schon bald ins Haus flattern werden. Ein tieferes Stimmrechtsalter dürfte für die Schulen also nicht nur eine Herausforderung sein, sondern ein Gewinn. Und für die Jugendlichen erst recht. (vgl. http://www.kyriacou.ch/files/stimmrechtsalter_16_oesterreich_gibt_den_takt_vor.html (31.08.2012).

Nur ein Drittel der Jugendlichen in der Schweiz würde sich das wünschen. Dazu passt, dass sich nur rund 27 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren nach eigener Einschätzung eher oder sogar stark politisch engagieren. Zum Vergleich: Die Bereitschaft, sich für Umweltanliegen einzusetzen, liegt bei 53 Prozent. Beim Ausländerstimmrecht schlagen die Wogen höher: Nur 29 Prozent befürworten ein Stimmrecht für in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländer. Dafür würden sich unter den Betroffenen selbst 61 Prozent bzw. 55 Prozent der in der Schweiz geborenen Jugendlichen mit ausländischen Eltern ein Stimmrecht wünschen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die International Civic and Citizenship Education Study aus dem Jahre 2010: Wie in allen anderen 37 untersuchten Ländern ist auch die schweizerische Jugend gegenüber gleichen Rechten von Frauen und Männern positiv eingestellt. Umgekehrt ist die Zustimmung zu gleichen Rechten für Migrantinnen und Migranten gering. Zwar wird die Ausdehnung des Stimmrechts auf Migranten in fast allen Ländern deutlich abgelehnt, die Schweiz befindet sich aber eindeutig unter dem Mittelwert aller Länder (Biedermann/Oser/Konstantinidou/Widorski 2010: 83 ff.).

Sowohl das Interesse an Politik und sozialen Themen als auch die Beteiligung an Gesprächen und Diskussionen über diese Themen zeigen die schweizerischen Jugendlichen unterhalb des Mittelwertes. Besonders negativ fällt der Befund aus, wenn es um die eigene Wirkung geht: Die schweizerischen Schülerinnen und Schüler trauen sich beispielsweise nicht zu, den eigenen Standpunkt zu einem brisanten Thema zu verteidigen, oder vor der Klasse über ein politisches oder soziales Thema offen zu sprechen.

Nun würden viele einwenden, dass Jugendliche gerade in der Phase der Pubertät sehr viel stärker mit der Ausbildung der eigenen Individualität zu kämpfen haben, als damit, ein guter Eidgenosse zu werden, oder sich dafür zu interessieren, was gar supranational politisch entschieden wird. Diese These wird durch den Ländervergleich klar gestärkt. Zumal die alten Wertekonflikte zwischen Jung und Alt auch nicht mehr in dem Ausmass zu bestehen scheinen, wie sie noch die Nachfolgebewegungen der 68er angetrieben haben. Zwar verortet sich immer noch eine relative Mehrheit der Jugendlichen an den Polen des Links-Rechts-Spektrums. Vermittelnde Positionen, wie sie auch die Exponenten und Exponentinnen von CVP und FDP vertreten, sind für die Jungen aber wenig attraktiv. Rechts ist dabei im Jahr 2011 für rund 32 Prozent attraktiv gegenüber 29 Prozent, die sich eher links verorten. Nur 11 Prozent wählen die Mitte. Dabei sind die Jugendlichen klar polarisierter als die Stimmberechtigten aller Altersklassen: Im Stimmvolk machen die Linksorientierten mit 26 Prozent und die Rechtsorientierten mit 25 Prozent der Stimmberechtigten jeweils einen kleineren Teil aus, als jene 37 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich an den Mitteparteien CVP und FDP orientieren (vgl. Golder/Longchamp/Imfeld 2011: 36).

Die Links-Rechts-Polarisierung in der Gesellschaft ist also nicht vorbei. Sie artikuliert sich aber ganz anders als in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Gab es früher vor allem Demonstrationen und Schlachten via Printmedien und Versammlungen mit und um spezielle Exponenten, sind es heute Flashmobs, One-Issue-Protestaktionen im Netz und anarchisch-basisdemokratische Bewegungen wie die *Occupy Wallstreet*-Bewegung oder die Piratenpartei. Sie fallen durch eine enorme Dynamik zur Instant-Mobilisierung auf. Häuserbesetzungen und Straßenkämpfe „gegen das System“ sind *out*, Proteste auf Youtube und Diskussionen in Blogs sind *in*. Zwar haben die traditionellen Parteien bei der Online-Aufmerksamkeit aufgeholt, wobei die Mitteparteien die Polparteien hinsichtlich des Ange-

botes ausstechen – so wird die FDP als herausragend wahrgenommen, während die SVP abfällt. Diese Bilanz schlägt sich aber im Effekt auf Social Media nicht nieder. Hier ist das Gegenteil der Fall: Polparteien erhalten höhere Werte als Mitteparteien. Ausgerechnet die CVP, die im Bereich Marketing am besten abschneidet, hat am wenigsten *friends* und *followers*. Offenbar nutzen die Parteien die Online-Kommunikation noch zu traditionell, d. h. zu sehr top-down und damit zu wenig nach den Regeln der Netzkommunikation (Erni 2011).

2. Eine unberührte Jugend oder Zufriedenheit als Bremsklotz

Politisch bewegt sind die wenigsten; 49 Prozent sind sehr schwach politisch interessiert oder gar engagiert, ein weiteres Viertel der 16 bis 25-Jährigen ist eher schwach interessiert. Warum auch? Die Welt der Schweizer Jugend ist überschaubar und geordnet. Und – dominiert von Zufriedenheit und hohem Vertrauen in die eigene Zukunft. 66 Prozent sind hinsichtlich ihrer eigenen Zukunft durchaus zuversichtlich, über die Hälfte der Jugendlichen schätzt auch die gesellschaftliche Zukunftsdimension vornehmlich positiv ein (Golder/Longchamp/Imfeld 2011: 11). Damit entfällt ein wesentlicher Auslöser für politischen Aktivismus bei den Jugendlichen: Die Unzufriedenheit mit dem System und die eigene Betroffenheit durch negative Zukunftsaussichten.

Die aktuelle Forschung (Rothenbühler/Ehrler/Kissau 2012: 19) identifiziert – leider nicht quantitativ – verschiedene Typen von Jugendlichen, die sich vornehmlich durch ihr Ausmass an politischer Partizipation unterscheiden. Die „Passiven“, deren politische Partizipation am tiefsten ist. Nur acht Prozent dieser Gruppe haben jemals an einer Wahl und lediglich 16 Prozent an einer Abstimmung teilgenommen. Neun von zehn waren noch nie an einer Gemeindeversammlung, und 77 Prozent geben an, noch nie eine Petition unterschrieben zu haben. Die meisten Zugehörigen dieser Gruppe (93%) haben noch nie ein Produkt oder eine Dienstleistung boykottiert oder aus bestimmten Gründen gekauft. Nur gerade fünf Prozent der Passiven haben je einen Anstecker oder ein Kleidungsstück mit einer politischen Botschaft getragen. 79 Prozent geben an, gar nicht an Politik interessiert zu sein. Verglichen mit den anderen Befragten haben die „Passiven“ wenig direkten Kontakt zur Politik: Lediglich 31 Prozent gaben an, in ihrem persönlichen Umfeld eine Politikerin oder einen Politiker zu kennen.

Die „Minimalisten“ nutzen überwiegend die politischen Instrumente, die von der Öffentlichkeit als Erfüllung der Bürgerpflicht wahrgenommen werden. Konkret bedeutet das die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sowie das Unterschreiben von Referenden und Initiativen. Dementsprechend ist der Glaube an die Effizienz institutioneller Partizipationsformen ein Charakteristikum, das die Minimalisten von den politisch Passiven unterscheidet. Fast keiner dieser Gruppe Zugehörigen hat je an einem Smartmob teilgenommen (1%) oder eine E-Mail mit politischem Inhalt verfasst oder weitergeleitet (8%).

Die „themenspezifisch Engagierten“ verwenden sowohl konventionelle als auch neue Formen politischer Partizipation, um ihre Meinung zu äussern oder Entscheide zu beeinflussen. Da Wahlen nicht themenspezifisch sind, ist diese politische Aktivität bei der Gruppe

entsprechend tief. 78 Prozent gaben an, noch nie an einer Wahl teilgenommen zu haben. Im Gegensatz dazu haben über 87 Prozent bereits an einer Abstimmung teilgenommen. Über ein Drittel (40%) hat mindestens einmal an einer bewilligten, legalen Demonstration teilgenommen. 63 Prozent haben Produkte oder Dienstleistungen aus ethischen, politischen und sozialen Gründen boykottiert beziehungsweise konsumiert und über ein Viertel (29%) der „themenspezifisch Engagierten“ sind in mindestens einer politischen Gruppe auf *Facebook* Mitglied. Aufgrund des breiten Spektrums politischer Partizipationsformen erstaunt es deshalb nicht, dass diese Gruppe im Vergleich zu den politisch Passiven an die Effizienz sowohl institutioneller als auch nicht-institutioneller Formen politischer Beteiligung glaubt.

Die vierte Gruppe sind die „konventionell Engagierten“. 96 Prozent der Personen dieser Gruppe gaben an, dass sie bereits mehrere Male an Wahlen teilgenommen haben und 41 Prozent hat mindestens einmal an einer Gemeindeversammlung teilgenommen. Sie scheinen die neuen Formen politischer Aktivität kaum zu nutzen. Sie zeichnen sich durch folgende Charakteristika aus: mit Freunden und Familienmitgliedern über politische Themen diskutieren, politisch interessiert sein, Politikerinnen und Politiker persönlich kennen sowie Kenntnisse über politische Angelegenheiten haben.

Die „Demonstranten“ zeigen ebenfalls ein relativ hohes Niveau an politischer Partizipation. Sie beteiligen sich auch an illegalen Formen politischer Aktivität sowie an verschiedenen Protestaktionen. 22 Prozent haben angegeben, mindestens einmal an einer illegalen Demonstration teilgenommen zu haben. Verglichen mit den anderen Gruppen sind die Demonstranten im Allgemeinen sehr an Politik interessiert, wobei politisches Interesse als Neugier gegenüber politischen Themen definiert werden kann. Bei den heute 18 bis 25-Jährigen kann man davon ausgehen, dass sie durch Ereignisse wie 9/11, den Irakkrieg, Fukushima oder die Wirtschaftskrise für politische Themen sensibilisiert wurden und ihr Interesse an Politik im Allgemeinen geweckt hat. Was das soziale Umfeld betrifft, so scheinen die „Demonstranten“ oft mit Freunden und Familienmitgliedern über politische Themen zu diskutieren.

Die „Aktivisten“ nehmen zu 98 Prozent regelmäßig an Wahlen teil und haben bereits mehrere Male eine Politikerin oder einen Politiker kontaktiert (44 %). Diese Gruppe zeichnet sich auch durch eine hohe Bereitschaft aus, politische Werbung zu verteilen: 75 Prozent der Personen dieser Gruppe gaben an, diese Aktivität bereits mehrmals ausgeübt zu haben. Fast ein Drittel gab an, Mitglied in einer Partei zu sein und beinahe 80 Prozent der „Aktivisten“ haben mehrere Male eine Kampagne finanziell unterstützt. Diese Gruppe engagiert sich nicht nur auf konventioneller Ebene; sie nutzt auch eine breite Palette an neuen, alternativen Formen der politischen Partizipation. Die spezifischen und statistisch signifikanten Charakteristika dieser Gruppe sind das politische Interesse und Wissen, Diskussionen über politische Themen mit Freunden und Verwandten, die Nähe zu einer Partei sowie die Wahrnehmung, dass institutionelle, aber auch nicht-institutionelle Formen politischer Partizipation politisch effiziente Instrumente sind. Das Engagement in Vereinen und Institutionen ist ein weiteres relevantes Merkmal der Aktivisten. Ein vergleichsweise wichtiges Merkmal, das die politisch Passiven von allen anderen unterscheidet, ist das Bildungsniveau. Verglichen mit den anderen Gruppen ist das Bildungsniveau der politisch Passiven tiefer. 82 Prozent der „Passiven“ gaben an, mindestens über einen Lehrabschluss zu verfügen, jedoch keinen weiterführenden Schulabschluss, wie z. B. die Berufsmaturität, anzu-

streben. Das Bildungsniveau ist ein in der politikwissenschaftlichen Forschung häufig genannter Einflussfaktor für politische Partizipation respektive Abstinenz.

Auch wenn die vielzitierten Schicksalsgemeinschaften und deren prägende Wirkung auf die nächste Generation nicht mehr gleichermaßen existieren. Schaut man genau, orientieren sich die Schweizer Jugendlichen trotz erhöhter Mobilität noch vergleichsweise lokal, sie knüpfen an traditionelle Werte wie Familie an und letztlich hat sich trotz Globalisierung auch wenig an den klassischen Einflussgrößen für die effektive Politisierung verändert. Nach wie vor dominant prägend für das Interesse für Politik oder politisches Engagement sind die Nähe zur Bildung und die eigene wirtschaftliche Betroffenheit bzw. die wirtschaftlichen Aussichten.

4. Die Echtzeit-Generation in der Referendumsdemokratie: Kein Anschluss garantiert!

In Ländern, in denen es weder wirtschaftlich noch politisch zum Besten steht, sind Jugendliche mit den traditionellen Methoden auf der Straße. Auch wenn die Schweizer Jugendlichen mehrheitlich annehmen (Golder/Longchamp/Imfeld 2011: 37) – es sind fast zwei Drittel – die Macht des Internets habe die Revolutionen im arabischen Raum befördert, stimmt dies nicht. Es ist nach wie vor die persönliche Befindlichkeit und die individuellen Zukunftsaussichten sowie die daraus abgeleitete wirtschaftliche Betroffenheit, die die Bereitschaft zur politischen Teilhabe bestimmen. Dem Internet kommt dabei weniger eine auslösende Rolle zu, als vielmehr die eines Katalysators.

„Das Internet selbst reißt (aber) weder sämtliche Grenzen ein, noch bringt es automatische Demokratie oder fördert die Globalisierung (Morozov 2011). Aber die Tatsache bleibt bestehen, dass sich die *Occupy-Bewegung* im Westen ohne die Kommunikationskanäle des Internets nicht so schnell hätte ausbreiten können wie sie es global getan hat.

Die Übergänge zur politischen Partizipation sind heute ähnlich, jedoch unterscheiden sich die heutigen Bewegungen erstens durch ihr anarchistisches Profil und zweitens durch das Echtzeit-Element in der Kommunikation. Die Strukturen von Bewegungen wie *Occupy Wallstreet* reflektieren die Strukturen des Internets: Sie sind dezentral und anarchisch. Sie sind organisch gewachsen und funktionieren auch ohne Anführer. Der zweite Aspekt ist das Fehlen konkreter Forderungen. Mobilisierung gelingt zwar sehr schnell und in großem Maß, also fast in Echtzeit. Aber die Bewegung bleibt das Ziel. Der Protestaufruf gilt als solcher, die Verpflichtung eine andere Lösung anzubieten, wird nicht perzipiert. So lässt sich auch eine Aktivistin auf dem Paradeplatz zitieren: (...) Oft werde sie gefragt, welche Forderungen die *Occupy-Bewegung* stelle. Doch diese Frage zu beantworten sei absurd. „Viele Bewegungen sind an vorschnellen Forderungen zugrunde gegangen.“ Oder, um es auf den Punkt zu bringen: Der Protest ist das Ziel (Gentinetta 2011). Morozov (2011) fasst zusammen: „The speed of electronic communication enables organization, but hinders discourse.“ Vieles ist nicht wirklich neu am Einfluss neuer Medien auf die politische Partizipation. Die Tatsache bleibt aber bestehen, dass der „Marsch durch die Institutionen“ für die Jugend kein Thema mehr ist.

Wie bringt man diese Echtzeitgeneration also dazu, sich für die ritualisierte, langsame und von Feedbackschleifen und Wiederholungsakten geprägte Politik zu interessieren, in der die Frustrationsschwellen praktisch eingebaut sind und Politiker bei ihrem Übertritt in den Ruhestand sogar für ihre hohe Frustrationstoleranz gelobt werden? Wie bekommt man Jugendliche, die sich genuin für das Private, ihren Freundeskreis, beschränkt für Umwelt und für Materielles, für technologische Schnelligkeit und Work-Life-Balance interessieren, dazu, sich für die Themen eines großen Kollektivs in komplexen Gesetzgebungsprozessen zu engagieren? Welchen Anreiz haben sie, informiert abstimmen zu gehen und politisch Einfluss zu nehmen, indem sie gerade nicht auf manipulative Aussagen und Skandale her-einfallen, die meistens nur die Spitze eines politischen Eisbergs in einer Gratiszeitung sind? Die Demokratie braucht das Interesse und die Teilhabe der Jugend. Mehr als jedes andere demokratische System lebt sie von vergleichsweise hohen und vor allem regelmäßigen Partizipationsraten und damit von einer thematisch unbegrenzten Grundbeteiligung. Die Liste der möglichen Risiken ist lang: Eine Jugend, die das politische System unternutzt, nur wenig wahrnimmt und es letztlich nicht nach ihren Bedürfnissen verändert, führt den demokratischen Anspruch ad absurdum. Wer soll z. B. die Altersvorsorge reformieren, wenn nicht die, die sie in Zukunft finanzieren müssen? Friedliche Integration und Migration kann nur auf der Basis gelebter Demokratie stattfinden. Sie ist unabdingbar, um Extremismus zu verhindern. Die Willensnation Schweiz definiert sich einzig und allein über den gemeinsamen Willen zum Zusammenleben nach direkt-demokratischen und föderalen Prinzipien.

In dem Maße, in dem sich die traditionellen Milieus aufgelöst haben, die Bedeutung klassischer soziologischer Einflussgrößen, wie die parteipolitische Sozialisation durch die Familie, die Religionszugehörigkeit, feste und durch die Tradition zugeschriebene Rollen in einem Gemeinwesen, das soziale Milieu oder das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Region schwinden, ist es notwendig, das Konzept „Politische Bildung“ neu zu denken. Denn die direkte Demokratie als System ist nicht leicht durchschaubar und gerade deshalb auf permanente Vermittlung angewiesen. Auch der Begriff des Citoyens, des Bürgers, ist allein schon innerhalb der Schweizer Geschichte mehrfach neu definiert worden (Schaeren/Papadaniel/Cerchia 2012: 22 f.). Die sich langsam bewegende Maschinerie des Interessenausgleichs in der Referendumsdemokratie bedarf der aktiven Vermittlung. Sonst droht die Gefahr einer Negativmobilisierung, die sich nur oberflächlich über die einseitige Wahrnehmung von Skandalen an das System annähern kann.

Eine politisch mündige und sensibilisierte Jugend ist in einer Zeit völlig neuer wirtschaftlicher und politischer Spannungen unabdingbar. Politische Bildung bezeichnet dabei alle institutionalisierten Lernprozesse, bei denen es um die Frage geht, wie kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden. Im Gegensatz zu indirekten und impliziten Lernprozessen, zeichnet sich die politische Bildung aus durch eine systematische Thematisierung von Institutionen, Prozessen sowie Gesetzesentstehung und Gesetzeswirkung. Eine bewusste Demokratieerziehung versteht Demokratie auch als eine „Lebensform“. In diesem Verständnis beginnt Demokratie an der Basis, im (Schul-)Alltag (Himmelman 2007). Im Gegensatz etwa zu Deutschland steht allerdings die Diskussion um die Didaktik der Politischen Bildung in der (Deutsch-)Schweiz erst am Anfang. Oser und Biedermann (2003), die Autoren des schweizerischen Teils der internationalen Bildungsstudie „Citizenship and Education in 28 Countries“ stellten bereits einen großen Handlungsbedarf fest: Sie forderten, dass Politische Bildung im Rahmen der Pflichtschule

verankert werden solle und dass ein neues Curriculum unter Einbezug einer interdisziplinären Expertenkommission zu erstellen sei. Politische Bildung müsse prüfungsrelevantes Wissen vermitteln. Weiter schlugen sie vor, auf methodischer Ebene die politische Sensibilität der Lernenden über alltägliche Einstellungen und Haltungen zu aktivieren.

Innerhalb der Schule kann die politische Bildung als eigenständiges Schulfach unterrichtet werden, an ein Fach oder mehrere Fächer angehängt oder fächerübergreifend als Unterrichtsprinzip organisiert sein. Verstanden als Erziehung zur politischen Mündigkeit, umfasst die politische Bildung nicht mehr nur das Lernen über die Demokratie, sondern auch das Lernen durch und für die Demokratie. Ein politisch mündiger Jugendlicher verfügt über ein eigenständiges politisches Urteilsvermögen und die Fähigkeit am politischen Geschehen des direkt-demokratischen Gemeinwesens teilnehmen zu können. Die zu diesem Zweck zu fördernde politische Bildung (*éducation à la citoyennité*) bedingt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen über das gesamte Bildungssystem hinweg. So steht es in der 2011 erstmals erfolgten, gemeinsamen Erklärung zu den bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz durch das Eidgenössische Departement des Innern (EDI), das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).³

Genau das fehlt jedoch bis dato in der ältesten Demokratie der Welt. Ein landesweites Konzept für Politische Bildung, das mehr ist als die Fortführung der traditionellen Staatskunde und nicht als Seitenwagen eines anderen Themas daherkommt. Es kommt erschwerend und doch so typisch für die Schweiz hinzu: Der Austausch über das Konzept der *Citoyennité* zwischen den verschiedenen Sprachregionen ist praktisch inexistent.

Umso mehr verwundert, dass hierfür in der Schweiz bisher wenig getan wurde. Dass der geschichtlich geprägte Staatskundeunterricht nicht mehr ausreicht bzw. sich in einer globalisierten und hyperkomplexen Welt⁴ an moderne Formen der politischen Teilhabe annähern muss, darüber sind sich spätestens seit dem Europäischen Jahr der politischen Bildung auch alle einig. „Die politische Bildung muss in der Schweiz neue Wege einschlagen“, so lautet das Fazit. Und es beginnt – was in der Referendumsdemokratie zum Ritual gehört – politisches Ping-Pong zwischen Bund und den Kantonen als den primär Verantwortlichen für Bildung.

Mangels dieser fehlenden Koordination auf nationaler Ebene, präsentiert sich die politische Bildung in den Schweizer Lehrplänen sehr heterogen und mit den Zügen eines uneinheitlich gewachsenen Systems. In der Deutschschweiz wurde sie während eines längeren Prozesses mit anderen Fächern verbunden, während sie in der Westschweiz relativ konstant und teilweise als eigenständiges Fach unterrichtet wurde. Aufgrund dieser Unterschiede wird politische Bildung in der Schweiz mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten praktiziert. Das fällt insbesondere deswegen ins Gewicht, da sich geringes politisches Wissen und ein schwaches Interesse vor allem als Deutschschweizer Problem erweist.

³ Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) und Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK): Chancen optimal nutzen. Erklärung 2011 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz (EDK). Bern, 30. Mai 2011.

³ Siehe hierzu auch die grundlegenden Ausführungen von Ulrich Beck (1986).

Mittlerweile gibt es in verschiedenen Kantonen Vorstöße mit dem Ziel, die politische Bildung schulisch und außerschulisch an die Jugendlichen heranzuführen. Denn Moosseedorf ist nicht allein, vor allem nicht mit den so genannten Jungbürgerfeiern – einer jährlich in der Gemeinde vollzogenen Feier anlässlich der mit der Volljährigkeit verbundenen Bürgerrechte.⁵ Dabei sind sie der wichtigste Ankerpunkt in der ritualisierten Demokratie: der Jugendliche wird offiziell vom Objekt der Politik zum politischen Subjekt.

Aus dieser kurzen Übersicht über den Stand der politischen Bildung in der Schweiz wird ersichtlich:

1. Politische Bildung ist eng verbunden mit dem jeweiligen politischen System und dessen Verständnis von bürgerlichen Aufgaben und Pflichten.
2. Politische Bildung ist nicht nur Wissensvermittlung über Inhalte und Optionen, Mittel und Wege der politischen Einflussnahme, sondern vor allem Kompetenzerwerb mit dem Ziel der politischen Mündigkeit.
3. Politische Mündigkeit basiert auf drei Kompetenzdimensionen: Aus politischer Analyse- und Urteilskompetenz, aus Methodenkompetenz zum Urteilerwerb und politischer Entscheidungs- sowie Handlungskompetenz.
4. Daraus leitet sich die Fähigkeit zur politischen Teilhabe ab. In dieser Fähigkeit sind die demokratischen Grundwerte soweit integriert, dass Inhalte und Prozesse immer wieder neu verhandelt und gelebt werden können (Bachmann et. al. 2007: 7).
5. Politische Bildung sollte an der Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen und ihre Vernetzungs- und Kommunikationsformen aufgreifen.

5. Politik als Naherfahrung: Partizipation kann gefördert werden

Damit die junge Generation auf den direkt-demokratischen Zug aufspringt, muss Politik in allen ihren möglichen Erscheinungsformen in praxisbezogenen Ansätzen anschaulich und erlebbar gemacht werden.⁶ Mit diesem Ansatz knüpft die Didaktik an ein wichtiges lebensbestimmendes Element der Jugendlichen an. Es geht um die Alltagserfahrung, dass Politik gestaltbar ist.

Mit diesem Ansatz folgt die Schweiz einem Mittelweg zwischen Demokratie als Lebensform, dem so genannten Social Learning-Ansatz und dem politologischen Blick auf politische Bildung als wissenschaftliche Kategorie. Schulische Partizipation wird bereits vielfach ab der Primarstufe geübt, wird aber meistens nicht unter dem Etikett „Politische Bildung“ angeboten. In der Westschweiz ist die *Education à la citoyennité* deutlich weiter fortgeschritten. Hier besteht eher das umgekehrte Problem einer fehlenden Abgrenzung zwischen genuin politischen Themen und nicht politischen Themen. Besondere Resonanz hat in der Westschweiz ein politökonomischer Ansatz mit thematischer Ausrichtung auf

4 In der Schweiz wird die Jungbürgerfeier (frz. *réception des jeunes citoyens majoritaires*) von der politischen Gemeinde bzw. Einwohnergemeinde veranstaltet. Die Jugendlichen werden vom Gemeindepräsidenten über ihre Rechte und Pflichten informiert, besonders über die Möglichkeiten, in der Gemeinde mitzuwirken. Auch wird ein Gelöbnis abgenommen. Nach dem offiziellen Teil gibt es häufig einen Ausflug in der Region, ein Abendessen und/oder einen Musikanlass.

5 Dies forderte auch Christian Fallegger, Gymnasiallehrer und ehemaliger Schweizer Koordinator für politische Bildung im Netzwerk des Europarates im Rückblick auf das Europäische Jahr der politischen Bildung 2005.

wirtschaftliche Fragen und eine international orientierte politische Bildung gefunden. Es gehört zur politischen Kultur der Schweiz, dass die Milizgesellschaft eigene Organisationen hervorbringt für Aufgaben, die keinen Platz in der institutionellen Politik finden. Das Ergebnis ist oft eine Vielzahl guter Initiativen, die allerdings kaum synergetische Verbindungen untereinander aufbauen können und denen die nötige Akzeptanz durch die institutionelle Politik fehlt. Das Ergebnis ist letztlich eine stark eingeschränkte Wirkung dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen auf nationaler Ebene.

Über die grundlegende Bedeutung politischer Bildung für die Schweiz waren sich vor rund 30 Jahren bereits verschiedene Vertreter der Bundesparteien einig und gründeten die bisher einzige Stiftung für politische Bildung in der Schweiz: Die „Stiftung Dialog“ fokussierte politische Themen zunächst mit einer eigenen Zeitschrift und lancierte 2011 den „Campus für Demokratie“ als Basis für ein nationales Förderkonzept, nachdem das Europaratsjahr der politischen Bildung verstrichen war, ohne dass den Ankündigungen auch Taten folgten. Der „Campus für Demokratie“ will die politische Bildung in der Schweiz in Form von konkreten Projekten wie auch als Unterrichts- und Wissenschaftsfach voranbringen und dabei alle Organisationen vertreten, die politische Bildung fördern. Dabei stehen die folgenden Sensibilisierungsinstrumente im Vordergrund:

- Partizipationsformen,
- Jungbürgerfeiern und andere jugendspezifische Anlässe,
- Information,
- Einblicke in das politische System.

Das Projekt „Jugend debattiert“ setzt an dem Befund an, dass Schweizer Jugendliche sich auffällig häufig nicht trauen, ihre Meinung zu einem politisch brisanten Thema offen zu vertreten. Denn die Fähigkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese in einer Diskussion auch zu vertreten, ist ein Grundstein für das aktive Mitwirken in unserer Gesellschaft. Nicht nur im beruflichen Leben, sondern auch in der Freizeit: Nur wer seinen eigenen Standpunkt in einem Vereinsvorstand oder bei der Lancierung einer eigenen Projektidee begründen und kommunizieren kann, kommt zum Erfolg. Debattieren wird einem aber nicht in die Wiege gelegt: Wie viele andere soziale Fähigkeiten muss auch das Debattieren trainiert werden.

Partizipationsformen

Mit dem Projekt „Jugend debattiert“ hat die „Stiftung Dialog“ eine Methode zum Erlernen der hohen Kunst der Rhetorik aus Schulprojekten in Deutschland übernommen. Ziel ist, dass möglichst viele Jugendliche in der Schweiz das Debattieren lernen und Spaß am spielerischen Meinungs austausch bekommen – denn ohne gute Debatten gibt es keine gute Politik. Jugendliche der Sekundarstufen I und II erlernen im schulischen und außerschulischen Bereich, im Unterricht oder in einem Workshop jedoch nicht nur das Debattieren. Politische Positionen zu einem Thema werden per Los gezogen und so wird der oder die Jugendliche in die Lage versetzt, Positionen vertreten zu müssen, die er selbst nicht wählen würde. Er muss sich sozusagen in den politischen Gegner hineinversetzen. Das geschieht

unter Vorgabe von Debattierregeln und einem Zeitrahmen, der in jedem Fall eingehalten werden muss.

Jugendliche lernen primär in der Schule debattieren. Sie werden ermuntert, ihre in schulinternen Debatten erworbenen Fähigkeiten zuerst in schulinternen oder einer regionalen Vorausscheidung und dann im gesamtschweizerischen Finale unter Beweis zu stellen.

„Jugend debattiert“ weist auf die Bedeutung der Demokratie als Gesellschaftsform hin und trainiert über die Methodenkompetenz nicht zuletzt die Akzeptanz verbindlicher Regeln zur friedlichen Auseinandersetzung. Dahinter stehen die spezifische Kultur des Zusammenlebens sowie die gewaltfreie Lösung von Konflikten und die Kompromissfindung als politisches Mittel. Fokussiert wird auf demokratische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse sowie auf gesellschaftspolitische Probleme. Es wird aufgezeigt, dass Demokratie in einem schwierigen über Jahre dauernden gesellschaftlichen Aushandlungsprozess entsteht. Die äußeren Zwänge und die begrenzten Handlungsspielräume der politischen Akteure werden den Lernenden veranschaulicht. Dadurch wird das Ursache-Wirkungsprinzip hinter politischem Handeln erkennbar und Erfolge bzw. Misserfolge in der Politik nachvollziehbar.

Information

Schließlich informiert das «Easy-Abstimmungsbüchli»⁷ Jugendliche über Abstimmungen und Wahlen politisch neutral. Noch nicht Stimmberechtigte sollen auf verständliche Weise mitbekommen, was auf politischer Ebene bestimmt wird. Mündige Jugendliche werden ermuntert, ihre Möglichkeit zur Urne zu gehen, auch wirklich zu nutzen. In diesem Projekt wird, wie auch bei „Jugend debattiert“ mit einem *peer*-Ansatz gearbeitet: Aktive Jugendliche informieren passivere Jugendliche über die Angebote.

Einblick in das politische System

Aus dem schulischen Bereich sticht vor allem das Lerntool „Politzkyklus“ heraus, weil es den Jugendlichen ermöglicht, ein konkretes Problem durch den gesamten Prozess der Gesetzesgenese in der Referendumsdemokratie nachzuspielen. Dazu müssen die Jugendlichen sich in einem ersten Schritt die Fragestellung bzw. die Problemstellung selbstständig erarbeiten und die Regeln des Spieles verstehen. Das gilt nicht nur für Entscheidungsprozesse, die in der elitären Politik stattfinden, sondern gerade auch für solche, die sich in der jugendlichen Nahwelt abspielen, die Jugendliche interessieren und auch in deren Leben eingreifen. Mit dem Lerntool sollen die Lernenden diesen fortlaufenden Entscheidungsprozess anhand verschiedener politischer Themen erkennen, verstehen und danach handeln. Auf die Erarbeitung der Fragestellung folgen die Meinungsbildung und die damit verbundene Auseinandersetzung, darauf der politische Entscheid selbst und anschließend dessen Vollzug.

⁶ Die Bundeskanzlei gibt zu jeder Volksabstimmung ein Abstimmungsbüchlein (auch „Bundesbüchlein“) mit den Abstimmungsvorlagen im Wortlaut, Erläuterungen des Bundesrates, Argumenten der Befürworter und Gegner sowie den Empfehlungen des Bundesrats und des Parlaments heraus. Es erscheint in allen vier Landessprachen und wird den Stimmberechtigten mit den restlichen Abstimmungsunterlagen über die Gemeinden zugestellt. Das Projekt *easyvote* des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente möchte Jugendliche zum Abstimmen und Wählen motivieren. Die *easyvote*-Abstimmungshilfe informiert einfach, verständlich und politisch neutral über kantonale und nationale Abstimmungsvorlagen. Engagierte Jugendliche nutzen dabei herkömmliche und neue Kommunikationskanäle zur Aufarbeitung der Abstimmungsthemen und motivieren so andere Jugendliche zum Abstimmen und Wählen.

Hier hört die Lernkurve aber nicht auf. Vielmehr folgt als nächste Phase die Bewertung sowohl des Entscheids als auch des Vollzugs des Entscheids. Reaktionen von Individuen und Gruppen werden abgeholt und daraus neue Anpassungen abgeleitet bzw. neue Vorschläge entwickelt. Die Matrix für diesen lebensweltlichen Ansatz bildet die heute anerkannte formale Begriffsbestimmung des Politischen. Es ist die Unterscheidung in drei Dimensionen (Bachmann et. al. 2007).⁸

- Zur Dimension *polity* (Form) gehören der Handlungsrahmen, z. B. die Verfassung, zentrale Verfassungsprinzipien, Organisationsformen sowie politische und administrative Institutionen, Gesetze und Rechtsnormen, die politische Kultur usw.
- Die Dimension *politics* (Prozess) bezieht sich auf den Verlauf der Willensbildung und Interessenvermittlung, auf das Handeln der politischen Akteure, den Kampf um Machtanteile und Entscheidungsbefugnisse, auf Kompromissbildung und Konsensfindung sowie auf Legitimationsbeschaffung, usw.
- Die Dimension *policy* (Inhalt) verweist auf Ziele, Aufgaben, Programme und Gegenstände der Politik, d. h. auf die konkreten Politikfelder (Nohlen/Tribaut 2002: 732 ff.)

Die eigentliche Wirkung der vorgestellten Projekte zeigt sich vor allem darin, dass sie die institutionalisierten Beteiligungsformen näher an die nicht-institutionalisierten Formen heranrücken oder beide miteinander verbinden. Zudem rücken sie die politischen Prozesse näher an die effektive Erfahrungswelt der Jugendlichen. Diese *Tour d'horizon* über die politische Befindlichkeit der Echtzeitgeneration zeigt nicht zuletzt auf, wie durch nicht-institutionelle Partizipationsformen eine breitere Beteiligung Jugendlicher erreicht werden kann.

„Jugend debattiert“ schließt an das Bedürfnis Jugendlicher an, die eigene Wirkung auf ihr Umfeld auszutesten. Der „Campus für Demokratie“ setzt außerdem bewußt auf den *Peergroup*-Effekt jugendlicher Projektbotschafter. Schließlich ist auch der Thematisierungseffekt nicht zu vernachlässigen. Neue Formen der politischen Auseinandersetzung können dazu führen, dass ein politisches Anliegen überhaupt erst formuliert wird. Ist es einmal auf der politischen Agenda angekommen, kann es unter Umständen durch konventionelle Instrumente oder Akteure auf die breite politische Bühne gebracht werden. Der Online-Protest *Zensursula* zeigt dies anschaulich auf.⁹ Eine Möglichkeit diesen Kanal zu öffnen, ist die Einführung von Online-Abstimmungen und Online-Wahlen, die zurzeit bereits in Pilotprojekten von 13 Kantonen getestet werden (Rothenbühler/Ehrler/Kissau 2012: 48).

Niemand wird als Demokrat oder Demokratin geboren. Demokratie entsteht schrittweise. Politische Bildung kann deshalb nie früh genug erlernt werden. Sie muss allerdings ein Thema sein, wenn die Jugendlichen die Phase des vertiefenden Wertebewusstseins durchlaufen. Deshalb ist die Schule der richtige und wichtigste Ort, gerade für Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern. Denn sie sind vielfach politisch passiv. Dort wo das Pflichtgefühl nicht mehr als Antrieb zu politischer Partizipation funktioniert, wird die Schule zum

⁷ Einen guten Überblick gibt außerdem die Seite www.politzzyklus.ch der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz.

⁸ Siehe hierzu auch den Beitrag von Christoph Bieber in diesem Band.

eigentlichen Anschluss Helfer. Die Staatsbürgerschaft kann und sollte in diesem Prozess keine Rolle spielen.¹⁰

6. Würdigung und Ausblick: Das System sollte um sich selbst besorgt sein

Zwar wissen die schweizerischen Jugendlichen grundsätzlich, worum Politik sich dreht. Sie haben auch ein hohes Vertrauen in die politischen Institutionen. In Bezug auf die politischen Parteien fällt dieses im Vergleich mit anderen Ländern aber unterdurchschnittlich aus. Auch die Wirksamkeit des eigenen Einflusses auf politische Prozesse und Resultate wird nachhaltig in Frage gestellt. Und dies in einer Referendumsdemokratie mit erheblichen direkten Einflussmöglichkeiten.

Im Vergleich zu den repräsentativen Demokratien, die sehr viel stärker semitransparent einer Eigenlogik folgen, weil die Policy-Arbeit vornehmlich delegiert wird, eröffnet die Referendumsdemokratie Möglichkeiten, politisch Einfluss nehmen zu können. Bei der Vermittlung von Politik gilt es auch, an diese Aspekte anzuknüpfen.

Denn Politik sollte nicht erduldet oder ignoriert werden, vielmehr sollte sie als formbar erfahren werden können, als eine Gesellschaftsform, die immer wieder zur Diskussion steht und dementsprechend auch immer wieder neu ausgehandelt werden kann. Angesichts der Bedeutung der politischen Bildung in der Demokratie der Schweiz, die stark auf permanente Politikvermittlung angewiesen ist, wird ihr keine ausreichende Beachtung geschenkt. Dies kann schlimmstenfalls dazu führen, dass die junge Generation, mehrheitlich den Anschluss an das eigene politische System verliert. Zwar zeigen sich in Teilbereichen des Politischen deutliche Unterschiede zwischen den Altersstufen, die mit zunehmendem Alter auf eine positive Entwicklung der politischen Identität hinweisen. Dennoch lässt sich in Bezug auf die politische Beteiligungsbereitschaft keine Verbesserung feststellen, und Fakt ist auch, dass andere Bereiche wie das politische Interesse auf tiefem Niveau liegen.

Die Veränderungen in der jugendlichen Sozialisierung sind in einer globalisierten Welt ähnlich: Jugendlichen wird vergleichsweise früh sehr viel Verantwortung übertragen, gleichzeitig können sie weniger auf die Leitbilder der letzten Generation zurückgreifen. Die bisherigen Referenzrahmen der politischen Sozialisation, wie Religion, Parteizugehörigkeit oder Familie werden verwischt – auch durch die stärkere Durchmischung der Kulturen und Einflüsse. Dies bedeutet aber in der Folge, dass politische Bildung zu einem bewussten Akt aufschließen muss.¹¹ Politische Bildung sollte daher als Bestandteil der schulischen Ausbil-

9 Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM greift diese Fragestellung eines *Citoyennité*-Konzeptes, erstmals auf. Sie veröffentlichte 2012 eine Ausschreibung für Projekte, die auf Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten – unabhängig von der Staatsbürgerschaft zielen.

10 Politische Bildung verfolgt im Gegensatz zum Ansatz des Demokratie-Lernens das Ziel der bewussten politischen Mündigkeit. Während Demokratie-Lernen eher aus der Schulpädagogik kommt und die Demokratie als Lebensform versteht, bei dem das Ziel des sozialen Lernens die praktische Demokratiekompetenz ist, ist die politische Bildung eher kategorial auf die politische Urteilsfähigkeit angelegt und versteht die Politik als Kern des Verstehens. Das Demokratie-Lernen ist eine kompetenzorientierte Teildisziplin. Siehe stellvertretend zur Politischen Bildung als Kategorie Werner J. Patzelt (2004) versus Gerd Himmelmann (2007) zum Ansatz des Demokratie-Lernens. Es handelt sich hierbei vornehmlich um eine deutsche Diskussion. In der Schweiz werden beide Ansätze in der Praxis stärker verbunden.

dung durch ein nationales Rahmengesetz gestützt werden, das föderale Entwicklungen zwar ermöglicht, sie aber über eine gemeinsame Basis und nationale Zielsetzungen koppelt.

In einer multioptionalen Welt, in der sich Jugendliche als Konsumenten, Lernende, Arbeitnehmer und politische Menschen verwirklichen, besteht ansonsten stets die Gefahr, dass schnell wirksame *Carrotmobs*¹² langwierige Gesetzgebungsprozesse auf der politischen Beliebtheitskala ausstechen werden. Spätestens dann versteht die nächste Generation Politik nur noch als Instantmethode.

Gerade im deutschschweizerischen Bildungsraum findet politische Bildung bisher nur ungenügende Umsetzung, weil hier das fehlende nationale Konzept zur Zersplitterung der Organisationen und Projekte zur Förderung politischer Bildung führte. In der Westschweiz hat politische Bildung dagegen einen anderen Status, weil hier das Rousseau'sche Bürgerverständnis die politische Kultur prägt. Politische Bildung hat eine grundsätzlich höhere Bedeutung und wird eher kategorial interpretiert.

Grundsätzlich aber hat sich natürlich auch das Politikinteresse in der Schweiz massiv gewandelt. Heute interessiert man sich von Fall zu Fall, wenn man direkt betroffen ist oder es um ein Thema geht, das einen besonders betrifft. Umso wichtiger ist das frühe Erlernen der Methodenkompetenz auf einfachem Niveau etwa im Gruppenverhalten bei den Kleinsten bis hin zur Ausbildung von Urteils- und Handlungskompetenz bei älteren Schulkindern. So steigt die Chance auf eine eher themenspezifische Wahrnehmung der Politik.

Denn eine Demokratie lebt von der Teilhabe, und das gilt im Besonderen für die Legitimierung der Referendumsdemokratie. Jugendliche in Ländern mit geringerer demokratischer Tradition sind engagierter, weil man sich in Südamerika, Asien oder Osteuropa der Bedeutung politischer Partizipation bewusster ist. Die hohe Zufriedenheit der Schweizerinnen und Schweizer mit ihrem politischen System und den Institutionen scheint politisches Desinteresse zu fördern. Politisches Wissen definiert die Fähigkeit zu einer differenzierten Teilhabe. Sie muss aber auch auf die Fragilität des Systems hinweisen, auf die Folgen fehlender Partizipation. Schließlich kann Wissen eine kritische Auseinandersetzung generieren, die Prozesse und Inhalte erneut gestaltbar macht.

Partizipative Projekte, wie sie der „Campus für Demokratie“ fördert, tragen das Politische in die Lebenswelt der Jugendlichen. Politische Teilhabe zeigt den Jugendlichen Wege auf, wie sie vom Politikbetroffenen in die Handlungsverantwortung kommen können. Die grundlegende Toleranz gegenüber anderen Meinungen wird trainiert. Erlernt werden die Regeln einer Gesellschaft, die Kämpfe austrägt, um Macht wirbt, sich aber letztendlich den Ergebnissen aus der politischen Auseinandersetzung unterwirft. Auch wenn die Kommunikationstechniken schnellebiger werden – die zugrundeliegenden Regeln zu integrieren, braucht Zeit und Raum. Soll verhaltensrelevantes politisches Wissen verinnerlicht werden, kann man nicht erst in der Sekundarstufe damit beginnen. Schließlich ist die Demokratie

11 Der *Carrotmob* ist eine spezielle Form des *Smartmobs* und stellt die Umkehrung des Boykotts dar. Eine große Anzahl Personen wird mobilisiert, um in einem bestimmten Zeitraum in einem bestimmten Geschäft einzukaufen. Vorgängig verpflichten sich die Geschäfte, einen Teil des Umsatzes aus den Einkäufen des *Carrotmobs* in energiesparende Maßnahmen oder ähnliches zu investieren. Das Geschäft, das den höchsten Anteil verspricht, erhält den *Carrotmob*. In der Schweiz fanden solche *Carrotmobs* bisher in Basel, Bern und Zürich statt (vgl. Rothenbühler/Ehrler/Kissau 2012: 6 ff.)

das historische Ergebnis eines komplexen kollektiven Lernprozesses – gestehen wir dieses Lernen auch den nächsten Generationen zu.